

**Viertes Internationales Neujahrsfest der Europäischen Gesellschaft
Diaphania und der Diakonie Heilbronn
21. Januar 2006, AOK Heilbronn**

„Offen, verantwortlich und selbstkritisch miteinander umgehen“

Vortragstitel:

„Europa – in guter Verfassung?“

von Evelyne Gebhardt

Mitglied des Europäischen Parlaments

Sehr geehrter Herr Goros, Sehr geehrter Herr Bretz,
Herr Oberbürgermeister Himmelsbach,
Meine Damen und Herren,

ich habe mich sehr über die Einladung gefreut, hier und heute auf dem internationalen Neujahrsfest die Festrede halten zu dürfen.

Dieses Fest ist mit seiner internationalen Ausrichtung schon etwas besonderes. Es lädt dazu ein und ermuntert, über die verschiedenen Nationalitäten hinweg miteinander ins Gespräch zu kommen. Dieser Kontakt ist wichtig, denn aus dem Gespräch miteinander erwächst auch das gegenseitige Verständnis füreinander. Vermeintlich fremdes wird schnell vertraut und Vorurteile werden so schnell abgebaut. Kurzum, ich bin von diesem Fest und der zugrunde liegenden Idee fasziniert, daher lassen Sie mich gleich zu Beginn mit einem Kompliment an die Veranstalter beginnen, die dieses Neujahrsfest inzwischen zu einer in der ganzen Region etablierten Veranstaltung gemacht haben, wie der Blick in das heutige Publikum unschwer erkennen lässt.

Viele unserer ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger sind als sogenannte Gastarbeiter oder Migranten zu uns gekommen und leben bereits seit Jahrzehnten bei uns. Sie sind aus unserem gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und sozialen Leben schon lange nicht mehr wegzudenken und stellen eine echte Bereicherung dar. Wir sind ihnen zutiefst zu Dank verpflichtet, für ihren Einsatz in unserem Land, ohne den auch unsere Region Heilbronn-Franken heute anders dastehen würde.

Ihre Geschichte ist auch eng mit der europäischen Geschichte verwoben. Sie verkörpern eine wichtige Episode im Zusammenwachsen der Völker und Staaten Europas. Ihre Integration ist zudem ein Beleg für die Fähigkeit Europas, Menschen mit ganz unterschiedlichen Traditionen, nationalen Charakteristika und kulturellem Hintergrund unter einem Dach zu vereinen. Dieses ist eines der Kernelemente des Europäischen Gedankens, der von der Idee beseelt ist, die Völker Europas unter Achtung ihrer kulturellen Eigenheiten im gemeinsamen Europa zu vereinen.

Es fällt mir daher gar nicht schwer, meinen Auftrag für heute zu erfüllen und in diesem europäischen Rahmen einige Gedanken zur aktuellen Situation in Europa zu formulieren.

Sehr geehrte Damen und Herren

Lassen Sie mich mit einer persönlichen Anmerkung beginnen. Ich habe am eigenen Leib erleben dürfen, wie es ist, in einem neuen Land einen neuen Anfang und eine berufliche Perspektive zu finden. Als gebürtige Französin hat mich die Liebe zu meinem Mann vor vielen Jahren nach Baden-Württemberg -oder genauer gesagt- nach Hohenlohe geführt. Diese geografische Präzisierung ist insofern nicht

unwichtig, als das wir Hohenloher, zu denen ich mich längst zähle, durchaus unseren eigenen Kopf haben und selbstbewusst unsere eigene Sicht der Dinge vertreten. Da sind die Hohenloher den Franzosen gar nicht so unähnlich.

Ich weiss durch eigene Erfahrungen, wie wichtig es ist, in einem neuen Land gut aufgenommen zu werden. Zu meiner Zeit war der europäische Rahmen vor allem für die berufliche Mobilität innerhalb der Gemeinschaft noch nicht so weit ausgeprägt, wie wir es heute gewohnt sind. Als ich nach Baden-Württemberg kam, wurde mir zunächst eröffnet, dass meine hervorragende universitäre Ausbildung an der Sorbonne in Paris hierzulande nichts wert sei. Mir wurde nahe gelegt, noch einmal an einer deutschen Universität einen vergleichbaren Bildungsabschluss nachzuholen, um wie gewünscht als Lehrere in einem Gymnasium tätig sein zu können. Sie können sich vielleicht vorstellen, was es für einen jungen Menschen mit guter Ausbildung bedeutet, dem Berufsziel, auf das man auch mit Unterstützung der Eltern lange hingearbeitet hat, durch solche bürokratische Hürden beraubt zu werden.

Dieses schlimme Erlebnis war auch ein Beweggrund für mich, politisch etwas verändern zu wollen, damit nachkommende Generationen keine vergleichbaren Torturen mehr durchleben müssen. Inzwischen hat die Europäische Union mit der Einführung der gegenseitigen Anerkennung von Diplomabschlüssen eine Lösung gefunden, von der alle Seiten profitieren können. Diejenigen, die sich im europäischen Ausland eine neue Perspektive aufbauen wollen, und die Länder selbst, die sich deren besonderem Know-How bedienen können. Ich bin auf dieses Gesetz auch ein wenig stolz, da es mir vergönnt war, daran im Europäischen Parlament massgeblich mitzuarbeiten.

Aus aktuellem Anlass möchte ich nicht unerwähnt lassen, dass ich es bei meiner Einbürgerung im übrigen nicht verstanden hätte, wenn man mich neben dem selbstverständlichen Bekenntnis zu unserer freiheitlichen, demokratischen Grundordnung noch über meine Gesinnung zu gesellschaftlichen Phänomenen befragt hätte. Ich kann daher den Verdruss gegenüber den aktuellen Bestrebungen zur Einführung eines Fragebogens für Einbürgerungswillige sehr gut nachvollziehen. Dabei sollten wir uns schon fragen, wie es um unsere freiheitliche, demokratische Grundordnung bestellt ist, wenn wir die Andersartigkeit in Kultur oder Glaube nur noch als Bedrohung abstempeln? Dadurch entstehen nur Misstrauen und Intoleranz, die bei der Behebung der nicht zu vernachlässigen Probleme, die es partiell bei der Integration weniger ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger gibt, wahrlich nicht hilfreich sind.

Der Europäische Einigungsprozess hat uns für eine gelungene Integration eigentlich einen anderen Erfolg versprechenden Weg aufgezeigt, der von Toleranz und gegenseitigem Respekt geprägt ist und gleiche Chancen für alle zum Ziel hat, vor allem im Bildungsbereich.

Sehr geehrte Damen und Herren

Europa ist für die meisten von uns zur Gewohnheit geworden und das ist gut so. Für die Bürgerinnen und Bürger ist es zur Selbstverständlichkeit geworden, die Grenzstreifen zwischen den Mitgliedstaaten kaum noch zur Kenntnis zu nehmen. Ihnen ist der Austausch und die regelmässige Begegnung mit Bürgerinnen und Bürgern aus anderen Ländern lieb und teuer, wie auch die vielen Städtepartnerschaften beweisen, die viele Städte und Gemeinden in Baden-

Württemberg und auch in unserer Region bereits seit vielen Jahren herzlich pflegen. Europa ist natürlich auch für unsere stark exportorientierten Unternehmen längst zur Normalität geworden, die enorm von den Segnungen des Binnenmarktes und des Euros profitieren.

Trotz dieser augenscheinlichen Vorteile des zusammenwachsenden Europas sind wir gegenwärtig an einem Punkt angekommen, an dem wir einen zunehmenden Vertrauensverlust der europäischen Politik und den Europäischen Institutionen gegenüber konstatieren müssen. Nur deshalb konnte uns Frankreich und die Niederlande bei der Abstimmung über die Verfassung für Europa so ein übles Süppchen einbrocken. Woher rührt nun dieser Vertrauensverlust und was können wir tun, um die Europäische Idee wieder mit Leben zu erfüllen? Oder anders ausgedrückt, wie können wir die Europäische Einigung wieder zu einem Herzensanliegen der Bürgerinnen und Bürger reifen lassen?

Sehr geehrte Damen und Herren

Bei aller Gewohnheit, die unser europäisches Zusammenleben bestimmt, schadet es nicht, noch einmal die Entstehungsgeschichte der Europäischen Einigung in Erinnerung zu rufen. Diese Geschichte berichtet von einem einzigartigen Erfolg, der in der Welt noch Beispiel ist. Europa war zunächst ein Traum weniger. Es wurde eine Hoffnung für viele und ist nun eine Notwendigkeit für alle.

Europa ist im wahrsten Sinne des Wortes aus den Ruinen entstanden, welche die Katastrophen der Europäischen Geschichte hinterlassen haben. Getragen von den bewundernswerten Tugenden der Versöhnung und Vergebung haben sich die

Gründerstaaten der Europäischen Gemeinschaft nach der Tragödie des Weltkrieges zusammengefunden, um eine neue länderübergreifende rechtstaatliche Ordnung zu installieren, in der Frieden, Freiheit und Wohlstand auf Dauer gedeihen konnten.

Nun werden manche sagen, der so oft wiederholte Verweis auf die friedenspolitische Grundlage der Europäischen Einigung besitze für die jüngeren Generationen keine Strahlkraft mehr. Sie hätten nichts anderes als Frieden erlebt. Für sie wäre Krieg in der Europäischen Union so undenkbar wie die Landung von Marsmenschen auf der Erde. Denjenigen, die diese These vertreten entgegne ich, das die Erfahrung uns etwas anderes lehrt. Wir haben zuletzt bei den Protesten gegen den Krieg im Irak erlebt, das kaum etwas die Menschen in Europa, ob alt oder jung, so sehr eint, wie die Sehnsucht nach Frieden und die Abscheu von Krieg und Gewalt.

Unser Europa ist ein friedensstiftendes Projekt und dabei sehr erfolgreich. Noch nie konnten wir in der Geschichte unseres Kontinents auf eine so lange Friedensperiode zurückblicken. Europa hat ehemalige Erzfeinde vom Schlachtfeld an den Verhandlungstisch geführt, so dass in der Tat kriegerische Auseinandersetzungen zwischen den 25 Mitgliedstaaten undenkbar geworden sind. Europa hat durch seine Ausweitung den Frieden aber auch exportiert und dafür gesorgt, das wir überall dort in Europa unter friedlichen, rechtsstaatlichen und demokratischen Verhältnissen leben, wo der Europäische Einigungsprozess bereits angekommen ist. Dabei wollen wir nicht vergessen, das es auch mitten in Europa, aber ausserhalb der Union, noch Staaten gibt, in denen weiterhin Bürgerkrieg und Krieg, Verfolgung und schlimmste Menschenrechtsverletzungen an der Tagesordnung sind.

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Rückbesinnung auf die Beweggründe für die Einigung Europas ist daher weder obsolet noch sinnlos, sie ist wichtig, um auch den jüngeren Generationen den Wert des Friedens vermitteln zu können. So werden sie auch in Zukunft entschieden für die kostbaren Güter des Frieden und der Freiheit eintreten können.

Das französische Non und das niederländische Nee bei den Referenden über die Verfassung für Europa haben uns aber deutlich vor Augen geführt, dass die Reminiszenz an die bisherigen Erfolge der Europäischen Einigung allein nicht mehr ausreichen, um die notwendige Zustimmung für Europa zu mobilisieren. Ich habe selbst sehr engagiert in diesen Ländern für die Zustimmung zur Verfassung geworben und dabei bemerkt, dass die Ablehnung der Verfassung ist auf verschiedene Ursachen zurückzuführen ist.

Nicht zu leugnen ist zum einen die mit dem negativen Votum zum Ausdruck kommende Politikverdrossenheit in den Ländern. Sowohl in Frankreich als auch in den Niederlanden wurden die Referenden zu einer Abrechnung mit den regierenden Parteien instrumentalisiert. Die Verfassung diente demnach als Ventil für die nationale Politikverdrossenheit. Die Europäischen Ebene wurde zum Sündenbock für hausgemachte Probleme stilisiert und die Jagd nach Sündenböcken ist, wie wir wissen, nach wie vor eine der populärsten Formen des Jagens.

Europa als Blitzableiter zu verwenden, entspricht einem für die europäische Politik nicht unbekanntem Phänomen, das wir auch bei uns in Deutschland wie auch in

Baden-Württemberg verschiedentlich antreffen können. Denken wir zum Beispiel an die Europawahlen, die immer wieder von bundes- oder landespolitischen Themen überlagert werden. Damit einher geht häufig der Irrglaube, mit der Wahl des Europäischen Parlaments wäre keine Richtungsentscheidung verbunden, die einem vor Ort in Heilbronn, Künzelsau oder Schwäbisch Hall betreffen könnte. Das ist schlichtweg falsch, doch wird dieses den Menschen vor Ort erst allmählich bewusst.

Vor allem wir Politiker und Politikerinnen, ob wir im Europäischen Parlament, im Deutschen Bundestag, im Landtag, in den Kreistagen oder in den Gemeinderäten wirken, sollten uns aufgerufen fühlen, der Europapolitik den angemessenen Stellenwert beizumessen und mit den Bürgerinnen und Bürgern über Europa ins Gespräch zu kommen. Dabei sollten wir unsere eigene Verantwortung bei der Gestaltung der europäischen Politik nicht vergessen. Denn, um erneut ein Bild aus dem Bereich des Science Fiction zu bemühen, es sind keine Marsmenschen, die da in Brüssel und Straßburg Entscheidungen treffen. Es sind wir, die Vertreter der Bürger, der Staaten, der Länder, der Regionen, Kreise, Städte und Gemeinde die an verschiedenen Stellschrauben bei der Politikgestaltung mitwirken. Uns sollte bewusst sein, dass eine unachtsame Profilierung durch die gebetsmühlenartige Wiederholung von Vorurteilen und Mythen über die Europäische Union, von denen mir die meisten inzwischen bekannt sind, nicht nur der Europäischen Idee sondern auch dem Ansehen der Politik insgesamt schadet.

Sehr geehrte Damen und Herren

das Abstimmungsergebnis über die Verfassung für Europa hat natürlich auch hausgemachte Ursachen, die ich hier nicht unterschlagen möchte. Viele Bürgerinnen

und Bürger fragen zurecht: Wer sitzt eigentlich auf der Lokomotive des europäischen Einigungszuges, welche Geschwindigkeitsvorschriften gelten, welche Verkehrsregeln? Wie und wo werden die Weichen gestellt, welche Wagen werden an- oder abgekoppelt, und: Wohin geht die Reise?

Paradoxe Weise liegt mit der Europäischen Verfassung die passende Antwort bereits auf dem Tisch, nur ist es in einigen Fällen vergessen worden, die Inhalte auch entsprechend zu vermitteln.

Die Verfassung bedeutet in vielerlei Hinsicht einen Quantensprung in der Europäischen Integration. Sie ist auch deshalb als ernsthafte Antwort auf die Bedürfnisse und Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger zu betrachten, da diese selbst, vertreten durch ihre direkt gewählten Europaabgeordneten, erstmals bei einer Vertragsrevision mit am Verhandlungstisch saßen. Dieses allein kam in der Europäischen Union einer Revolution des bisherigen Verfahrens gleich, da bislang immer weisungsgebundenen Regierungs- und Kommissionsvertreter hinter verschlossenen Türen verhandelt haben.

Die Verfassung für Europa ist der große Wurf, der die Europäische Einigung entscheidend voran bringen kann und auch die geforderte Transparenz für die Bürgerinnen und Bürger herzustellen in der Lage ist. Lassen Sie mich das an wenigen Beispielen erörtern.

Die Verfassung für Europa stärkt die Wertegemeinschaft Europa. Durch sie wird die Europäische Grundrechtecharta in das Europäische Vertragswerk aufgenommen. Damit werden Grundrechte der Menschenwürde, der Freiheit, Gleichheit, der

Solidarität und viele weitere wichtige Bürgerrechte für alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union verbindlich. Jeder Bürger und jede Bürgerin kann sich auf dieses gemeinsame Wertefundament berufen und notfalls das Recht auch vor Gericht einklagen. Bei der Grundrechtecharta handelt es sich wohl um den modernsten Grundrechtekatalog weltweit, in dem nicht nur die klassischen Grundrechte der Unantastbarkeit der Menschenwürde, der Freiheit, Selbstbestimmung und Meinungsfreiheit enthalten sind, sondern auch moderne Grundrechte, wie das Recht auf Nichtdiskriminierung, das Verbot eugenischer Praktiken und des reproduktiven Klonens oder das Recht auf eine gute Verwaltung.

Die Verfassung für Europa wird auch die Europäische Demokratie deutlich stärken. So wird zum Beispiel das Europäische Parlament zum gleichgewichtigen Akteur in der Europäischen Gesetzgebung und auch als Kontrollorgan gestärkt. Weiterhin werden die Entscheidungsverfahren gestrafft und die Handlungsfähigkeit der Organe und Institutionen an die gestiegenen Anforderungen durch die erweiterte Union angepasst. Die Union ist mit 25 Mitgliedstaaten längst an der Grenze dessen angelangt, was bei den bisherigen Verfahren und Mechanismen vertretbar ist. Ich persönlich werde daher auch keine weiteren Aufnahme eines Mitgliedstaates zustimmen, bevor nicht die notwendigen Änderungen im europäischen Institutionen- und Entscheidungsgefüge durch die Verfassung umgesetzt worden sind.

Die Verfassung für Europa wird auch die Solidargemeinschaft Europa stärken. Denn mit ihr werden zum Beispiel die Ziele der Nachhaltigkeit, der sozialen Gerechtigkeit, des sozialen Schutzes und der Gerechtigkeit zwischen den Generationen zu Querschnittsprinzipien und zur Aufgabe europäischen Handelns erklärt.

Als deutsche Europaabgeordnete möchte ich natürlich auch nicht unerwähnt lassen, dass die Verfassung zudem die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten stärken wird, unser hohes Gut der kommunalen Selbstverwaltung festschreiben und auch die Kontrolle der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit des europäischen Handelns neu und besser organisieren wird.

Natürlich hätte auch ich mir an manchen Stellen weitergehende Lösungen erhofft, so zum Beispiel bei der Ausgestaltung der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Dennoch stellt die Verfassung einen großen qualitativen Fortschritt in der Europäischen Integration dar. Dafür liessen sich noch viele weitere Beispiele finden, die den heutigen Rahmen aber sprengen würden.

Sehr geehrte Damen und Herren

Sie merken es bestimmt, diese Verfassung ist mir eine Herzensangelegenheit. Sie darf nun nicht in den Schubladen der Regierungen verschwinden. Sie sollte auch nicht wieder aufgeschnürt werden, was vermutlich dem Öffnen der Büchse der Pandora gleich käme.

Nein, wir sollten weiter für die Verfassung werben und die Menschen davon überzeugen, dass viele der völlig berechtigten Fragen an die Europäische Union durch den Verfassungstext beantwortet werden. Auch dabei sollten sich nicht nur die Europaabgeordneten angesprochen fühlen, sondern möglichst alle Vertreter der demokratischen Parteien und der Zivilgesellschaft, die an einer Ausgestaltung des politischen Projekts Europa interessiert sind.

Sehr geehrte Damen und Herren

Europa befindet sich nun an einer Wegmarke, an der wir die Weichen für unsere Zukunft richten stellen müssen. Dabei müssen wir auch in der europäischen Tagespolitik darauf achten, Gesetze zu beschliessen, die Europa bei dieser Richtungsentscheidung unterstützen.

Lassen Sie mich dafür das Beispiel eines aktuellen Gesetzesvorhabens nennen, das mich als federführende Berichtstatterin des Europäischen Parlaments gegenwärtig sehr beschäftigt und das auch hierzulande für große Aufmerksamkeit sorgt, die sogenannte Dienstleistungsrichtlinie. Hinter diesem Wortungetüm steht die Forderung, dass in Europa Dienstleistungen so freizügig sein müssen wie Waren und Geld. Die Dienstleistungsfreiheit ist von großer Bedeutung, denn der Dienstleistungsmarkt ist inzwischen unser grösster Wachstums- und Jobmotor geworden. Deshalb ist es zu begrüßen, dass die Kommission endlich den Entwurf einer Dienstleistungsrichtlinie vorgelegt hat.

Leider ist dieser Entwurf so misslungen, dass der Eindruck entstanden ist, damit sollten die Interessen der 15 "alten" Mitgliedsstaaten gegen die Interessen der zehn im Mai 2004 dazugekommenen "neuen" Mitgliedsstaaten ausgespielt werden. Alt und neu setze ich in Anführungszeichen, denn in unserer Staatengemeinschaft haben alle Mitglieder die gleichen Rechte und Pflichten - unabhängig von der Dauer der Mitgliedschaft.

Mir liegt ganz enorm daran, dass wir die Menschen in den Mittelpunkt der Politik und der Gesetzgebung stellen. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit ihren Familien gehören ins Zentrum, nicht große Unternehmen mit ihren Märkten. Und wir müssen auch an kleinere Unternehmen wie das Handwerk denken, die nicht unter die Räder geraten dürfen.

Der Entwurf der Kommission mit dem zugrunde liegenden Prinzip des Herkunftslandes muss daher grundlegend korrigiert werden. Ausnahmen von Herkunftslandprinzip reichen nicht aus, denn das Prinzip führt immer zu einem Wettbewerb der Solidarsysteme und widerspricht damit dem Ansatz des Europäischen Sozialmodells, nach dem Europa immer einen Mehrwert für die Bürgerinnen und Bürger darstellen soll und keine Einladung zur Aushöhlung bestehender Standards.

Meine Position ist klar und erfreut sich inzwischen einer breiten Unterstützung aus ganz unterschiedlichen Richtungen, vom Handwerk, über die Gewerkschaften bis hin vielen Organisationen der Zivilgesellschaft. Demnach soll Dienstleistungserbringern, die in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union zugelassen sind, der Zugang zu den Märkten Europas offen stehen. Allerdings muss sich der Anbieter dabei an die Rahmenbedingungen halten, die in dem jeweiligen Mitgliedstaat gelten. Nur so kann es gelingen, die notwendige Dienstleistungsfreiheit ohne Verwerfungen bei den sozialen- und arbeitsrechtlichen Standards sowie bei Umweltschutz- und Verbraucherschutzniveaus zu gewährleisten.

Sehr geehrte Damen und Herren

Ich habe diesen Schlenker zur Tagespolitik gemacht, da ich Ihnen zeigen möchte, das sich die Solidargemeinschaft Europas auch in der konkreten Gesetzesarbeit widerspiegeln muss. Denn wir wollen nicht nur einen perfekt funktionierenden Markt in Europa, wir wollen auch ein Europa mit menschlichem Antlitz und sozialem Gewissen. Diesem sozialen Europa fühle ich mich zutiefst verpflichtet.

Sehr geehrte Damen und Herren

Europa muss sich weiterhin zu einem Mehrwert für die Menschen entwickeln.

Europa muss Antworten auf die Bedürfnisse und Sorgen der Menschen bieten, den sozialen Zusammenhalt stärken und keine neuen Verwerfungen heraufbeschwören.

Ich fordere Sie alle dazu auf, daran mitzuwirken, die Europäische Idee wieder mit Leben und mit Schwung zu erfüllen. Dabei sollten wir alle uns aufgerufen fühlen.

Helfen Sie mit, unser Europa lebens- und liebenswert zu gestalten.

Vielen Dank!